

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich M. 9.00 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.

Samstag
11. November 1922

Anzeigen

finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die einseitige mm-Zeile kostet 6.— M., bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

Nr. 44/45

Inhalt der Nummer:

Die Entscheidung. Von Dr. Otto Hugo.
Die Reparationskommission in Berlin.
Gespannte Lage.
Das Gebot der Stunde.
Die Not des Mittelstandes. Von Professor Lent-Erlangen.
Produktionspolitik.
Der Umbau der Angestelltenversicherung. Von Otto Thiel, M. d. R.
Berger das Memelland nicht! Von Ernst Samel.
Die neue italienische Regierung.
Aus der Partei.

Die Entscheidung.

Von Dr. Otto Hugo.

Mitglied des Reichstags u. des Reichswirtschaftsrats.
Die Führung der deutschen Politik liegt seit Jahren in Händen einer Regierung, die wesentlich durch die sozialdemokratische Mitwirkung bestimmt worden ist. Es war natürlich, daß nach der Revolution, in der der Sozialismus zur Macht gelangte, dieser sich zunächst auswirken mußte. Besäße der Sozialismus die reformatorische Kraft, neues Leben zu schaffen und aufbauend zu wirken, so hätte er sich in den verflochtenen Jahren bewähren müssen. Der Sozialismus war zunächst der Gedanke, auf den die deutsche Öffentlichkeit mit starken Hoffnungen eingestellt war. Hätte in ihm die überzeugende Wirkungskraft des Erfolges gesteckt, so wäre ihm die Eroberung der öffentlichen Meinung ein leichtes gewesen. Aber der großen Revolutionspartei war kein Erfolg beschieden. Ein enttäuschtes Volk ist das Ende. Der materialistische Gedanke der Gewerkschaften hält die Massen zwar parteimäßig zusammen, die Wirkungskraft der Idee aber ist verschwunden. Der entscheidende Schritt zur Sozialisierung der Wirtschaft ist niemals getan, auch seit langer Zeit vollkommen preisgegeben. Die übrigen Mittel, die der Sozialismus vorschlug, um die Wirtschaft zu führen, haben restlos versagt. Neue Ideen, die einen Eindruck hervorrufen könnten, sind nicht mehr vorhanden. In dem Augenblick, wo die sozialistische Partei Deutschlands die größte Stärke seit ihrem Bestehen erzielt hat, steht sie vor dem vollendeten Bankerott in der Durch-

führung ihrer Ideen. All die Entschuldigungs- und Erklärungsgründe für das Versagen des Sozialismus sind subalterner Natur. Hätte dem Sozialismus eine lebenspendende Wirkungskraft innewohnt, so wäre über alle Hindernisse der Erfolg nicht ausgeblieben, wie es bei den großen geistigen Revolutionen anderer Zeiten und Jahrhunderte der Fall gewesen ist, wo die neue Idee ihren Siegeszug antrat, sich wohl von Schlacken der Überhitzung reinigen mußte, aber schließlich doch die neue Zeit bestimmte.

Schnell sind wir an dem Punkte angelangt, wo es keines Klärungsprozesses mehr bedarf. Das deutsche Volk sieht klar, daß es mit all den Experimenten und Mitteln, mit denen der Sozialismus die Nöte der Zeit heilen wollte, nicht geht, und es sieht auch klar, daß wesentlich die geistige Einstellung auf den Sozialismus unser Volk von der Höhe seiner Lebenskraft hinabgeführt hat.

Unser wirtschaftliches Unglück ist nicht nur unser Schicksal nach außen. Ich will in diesem Zusammenhang mich darauf beschränken, festzustellen, daß auch hier der Sozialismus den verzehrenden Weg der Erfüllungspolitik bis zum Äußersten ging. Daß endlich das Wort des Reichstanzlers: „Erst Brot, dann Reparationen“ aus dem Bereich der programmatischen Kundgebung in die Tat überführt werden muß, dürfte heute niemand im deutschen Volk mehr bestreiten. Auch hier ist die sozialistische Einstellung am Ende.

Unser wirtschaftliches Unglück ist zum zweiten der Niedergang unserer Produktion. Mit statistischen Ziffern läßt sich das Maß unserer heutigen Wirtschaftsleistung schlecht erfassen. Der Umfang dessen, was in Deutschland an Anlandserzeugnissen konsumiert und ausgeführt wird, stellt die Produktion dar. Wenn die Ausfuhr auf ein Drittel der Friedensleistung sank und das deutsche Volk im Innern kaum mehr die Hälfte seines Friedenskonsums sich leisten kann, so ist damit der Rückgang der Produktionsleistung genügend gekennzeichnet. Sollen die Nöte abgestellt werden, so bleibt nichts übrig, als die erhebliche Steigerung der Produktion durchzuführen, und zwar mit allen dazu zur Verfügung stehenden Mitteln. Ich habe wiederholt betont, daß es nicht so sehr der Rückgang der Leistung des gelernten Industriearbeiters in der achtstündigen Arbeitszeit gegenüber dem Frieden ist, der die Unterproduktion herbeigeführt

hat. Im Gegenteil, dort, wo zur Affordarbeit zurückgekehrt wurde, hat der gelernte Industriearbeiter im Achtstundentag die tägliche Friedensproduktion ziemlich erreicht. Im Bergbau ist dieses Ergebnis noch nicht erzielt worden, ob schon hier die Steigerung der Produktion bei unserer Gesamtlage nach innen und außen eine entscheidende Bedeutung besitzt. Die Tatsache, die uns aber in allererster Linie zur Zusammenschau der Produktion geführt hat, ist, daß die Zahl der produktiv schaffenden Menschen in Deutschland immer mehr zurückgegangen ist und die Zahl der unproduktiv im Staats- und Wirtschaftsleben beschäftigten Menschen immer mehr gewachsen ist. Es liegt auf der Hand, daß, wenn heute die Warenproduktion nur noch von einer verhältnismäßig schmalen Schicht der Bevölkerung getragen wird, diese Schicht nicht in der Lage sein kann, dieselbe Versorgung zu leisten, wie einst die breitere Schicht es konnte. Hier bedarf es unbedingt der Umstellung. Der unproduktiv Tätige erhält ungefähr die gleiche Entlohnung vom Staat oder der Wirtschaft wie der produktiv Tätige. Würde die Entlohnung dazu verwandt, möglichst Ware dafür zu schaffen, so wäre ohne wesentlichen Mehraufwand an Mitteln eine erheblich größere Leistung der Warenproduktion vorhanden, die sich natürlich in höheren Lebensansprüchen für die Gesamtheit auswirkt, indem sie die Mark stützt und so jedem Volksgenossen eine höhere Konsumkraft verleiht. Nur dieser Weg vermag den Wiederaufbau unserer Leistungsfähigkeit herbeizuführen. Die Fortsetzung der bisherigen Politik führt unbedingt in die Verelendung und in den Hunger hinein, denn wo wenig erzeugt wird, kann nur wenig verzehrt werden, und wer mehr ausgibt als er einnimmt, ist auf die Dauer verloren. Diese elementare Erkenntnis der Abhängigkeit eines ganzen Volkes von seiner Arbeitsleistung läßt sich durch keine politische Theorie hinwegdiskutieren oder auch nur verbunkeln. Das ganze deutsche Volk muß sich darüber klar werden, daß der Weg, mehr zu schaffen, der einzige ist, der aus dem Unglück herausführt, und daß ein Volk seinen Untergang verdient, wenn es aus irgendwelchen politischen Gründen den Weg zu seiner Rettung verläßt.

Noch versucht die Sozialdemokratie, dieser nativen und doch weltgeschichtlichen Erkenntnistatsache ihren Parteiwiderstand entgegenzusetzen. Sie will immer noch glauben machen,

obwohl sie es wohl kaum selbst noch glaubt, daß es mit politischen Experimenten möglich wäre, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu entsprechen. Mit Verzweiflung klammert sie sich an den Gedanken, durch eine planmäßige Behandlung des Währungsproblems aus dem Elend herauszukommen. Die Währung ist aber schließlich nichts anderes als der Ausdruck der wirtschaftlichen Kraft. Ist diese Wirtschaftskraft schwach, so kann keine konservative und keine sozialistische Regierung mit politischen Experimenten die Währung stark und das Volk satt machen. Es läßt sich keine gesunde Währung schaffen ohne die Voraussetzung der Steigerung der Produktionssumme der Wirtschaft. Die Sozialdemokratie lehnt den Gedanken, zunächst die Produktionssteigerung mit allen Mitteln zu betreiben und dann auf einer gestärkten Wirtschaft die Stabilisierung der Währung aufzubauen, ab. Sie will umgekehrt zunächst die Mark stabilisieren und stabilisieren und erhofft davon die Steigerung der Produktion. Nun gibt es überhaupt keine Möglichkeit, die Währung zu verbessern und zu stabilisieren, wenn nicht die Wirtschaft die Fähigkeit bekommt, ihren Goldbestand zu erhalten oder gar zu bereichern. So lange wir weniger produzieren als verzehren und nach außen hin ausgehen, wird jeder Versuch, unsere Papierwährung in eine Goldwährung umzuwandeln, damit endigen, daß das deutsche Gold in das Ausland abwandert. Ob man zur Sicherung der Goldwährung das Gold der Reichsbank verwendet oder die Sachwerte der Industrie, wie es neuerdings die Sozialisten fordern, der Effekt bleibt völlig derselbe. Alle Werte, die zur Sicherung von Goldschatzscheinen von der deutschen Reichsregierung mobilisiert werden, wandern über die Goldschatzscheine in das Ausland. So lange die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage ist, die aktive ausländische Zahlungsbilanz herzustellen, d. h. ebenso viel Gold aus der Welt herauszuholen, wie wir an Gold an die Welt abführen. Sobald dieser Zustand erreicht ist, ist es gleichgültig, ob deutsche Goldschatzscheine nach Amerika wandern, weil naturgemäß ausländische goldwertige Zahlungsmittel dafür nach Deutschland einströmen. Eine andere Möglichkeit, Goldschatzscheine in Deutschland in Umlauf zu erhalten, um unsere Währung zu stützen, gibt es nicht. Der sozialistische Weg würde dazu führen, daß alles Gold, das heute zusammengebracht wird, nach kurzer Zeit wieder aufgezehrt sein würde, wie bereits unendliche Sachwerte unserer Wirtschaft aufgezehrt sind, ohne daß damit dem Übel abgeholfen wäre.

Bisher hat man immer den sozialistischen Forderungen aus politischer Rücksicht nachgegeben. Die letzte Entscheidung ist dadurch von einem Termin auf den anderen vertagt worden. Heute sind wir auf den tausendsten Teil unserer Währung angelangt. Kommt jetzt nicht die klare Erkenntnis der Notwendigkeit der Umstellung der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik zum Durchbruch, so geht es rapide weiter in den Abgrund und zwar in die Leistungsunfähigkeit unserer Wirtschaft, in die Arbeitslosigkeit, in die Verelendung und in das Hungersterben hinein. Auch eine Verzögerung der Entscheidung kann unsere Wirtschaftslage nicht ertragen. Es sollen sich alle im demokratischen Staat zur Mitwirkung berufenen Staatsbürger darüber klar sein, daß, wer heute die Rückführung zur wirtschaftlichen Vernunft in Deutschland aufhält oder hinauszögert, die furchtbare Verantwortung des Elends unserer Nation und den Untergang der deutschen Kultur trägt. Gewiß sind wir zu schwach, allein uns aus der Not herauszuarbeiten, aber Hilfe wird uns nur werden, wenn wir vor der ganzen Welt beweisen, daß der ernsthafteste Wille eines zwar verarmten, aber arbeitswilligen und energiegel-

aufwärts strebenden Volkes vorhanden ist. Wie man dem strebsamen Menschen im Privatleben die materielle Unterstützung zum Wiederaufbau nicht versagt, so wird auch das goldreiche Ausland Unterstützungen geben, wenn es sieht, daß wir unsere Lage erkannt haben und daraus die einzig mögliche Schlussfolgerung ziehen. Uns ist nur zu helfen und uns wird nur geholfen, wenn wir uns selbst helfen. Mit dem Verhandeln über Reparationen und Stabilisierungen ist es allein nicht zu schaffen. Die Mark sinkt ruhig weiter. Wir müssen selbst handeln und nicht länger die Hände in den Schoß legen und auf Wunder hoffen. Ringen wir uns zu dieser Erkenntnis und zu dieser Entscheidung nicht durch, so werden wir untergehen, und das Ausland wird uns mitteillos versinken lassen. Unser Schicksal ist in unsere eigene Hand gegeben. Es wäre trostlos, wenn das deutsche Volk nicht in der entscheidenden Stunde die seelische und moralische Kraft besäße, wiederum seines eigenen Schicksals Schmied zu werden und ein kommendes Glück den kommenden Geschlechtern vorzubereiten.

Die Reparationskommission in Berlin.

Die Regierung verhandelte in dieser Woche mit der Reparationskommission über das Schicksal Deutschlands; das Volk stand vor den Toren, las die düsteren Berichte und beantwortete sie mit einer Katastrophenhäufung an der Börse, die klar zum Ausdruck brachte, daß es von den Verhandlungen wenig erwartete. Schon die Eingangsworte Barthous, dessen Beileidigung der deutschen Delegation in Genua noch unvergessen ist, zeigten, daß Barthou nicht als Friedensbringer, sondern als Untersuchungsrichter gekommen ist, der von seinem Gegenpartnern von vornherein eine möglichst geringe Meinung hat. Der Fortgang der Verhandlungen hat diesen Eindruck nicht verbessert. Nach der Pariser Presse ist man glücklicherweise wieder auf die Pfänderfrage und die „freie Aktion der Regierungen“ abgekommen. Der „Temps“, das Blatt Poincarés, schimpft wieder munter über die „betrügerischen Manipulationen Deutschlands“, das seine Gläubiger hintergehe, und Barthou erklärt den französischen Journalisten mißmutig, daß man nicht vorwärts komme, weil Deutschland seine Reparations- und Moratoriumsbeschwerden in die finanzielle Frage mische. Wie die finanzielle Frage, die Stabilisierung der Mark, der Ausgleich des Staatshaushalts, das Anleihenverlangen ohne Änderung der erdrückenden Reparationsforderungen, die alles Vertrauen in Deutschlands Genesung im Inlande wie im Auslande töten, gelöst werden kann, sagt Barthou nicht; aber er weiß sehr wohl, daß es nicht geschehen kann und daß mit dieser Unmöglichkeit die französische Politik ihrem Endziele, der Zerstörung Deutschlands und dem Raube des linken Rheinufers, näher rückt. „Man stelle das Vertrauen wieder her und die Mark wird sich selbst erholen“, jagte Bradbury in seiner Denkschrift; aber dieses Vertrauen nicht wieder hochkommen zu lassen, liegt eben im Interesse der von Poincaré weitergeführten Vernichtungspolitik Clemenceaus, die es auch verhindert hat, daß uns die amerikanische Anleihe, die nach Genua so ziemlich sicher schien, zustande kam. Wie es scheint, wird auch der Besuch der Reparationskommission ohne Ergebnis abschließen, sondern nur die übliche Vertagung von einer Konferenz zur andern Konferenz bringen, bis dann eines Tages wiederum das Diktat aufsteht. In dieser ewigen Unsicherheit, diesem Harren, das bald kein Hoffen mehr ist, wird Deutschland zermürbt und gelähmt, wird seine Währung in den Abgrund gestürzt, wird auch kein wirtschaftlicher Wagemut und die Kraft des Widerstandes unterhöhlt. Ohne feste und vernünftige Umgrenzung von Deutschlands Leistungen, der unerlässlichen Grundlage für Deutschlands Kredit und Deutschlands Schaffungsmöglichkeit, helfen uns alle Erkenntnisse der Sachverständigen und

alle Heilversuche der Reparationskommission, die ohnehin mehr Gerichtsvollzieher- als Doktorarbeit sind, nicht das geringste. Auch das Rettungsprogramm der Sozialdemokratie, das auf einen beschleunigten Ausverkauf hinausläuft, wird uns wenig nützen, wie der Sanierungsplan der österreichischen Sozialdemokratie Österreich genügt hat. Die Preisgabe des Goldbestandes der Reichsbank in diesem Augenblick ohne vorhergehende Regelung unserer Reparationsverhältnisse wäre ein zweckloses Ausschütten der letzten Reserve in den Abgrund, ohne auch nur eine Besserung auf Monatsfrist zu erzielen.

Es bedeutet für uns eine außerordentliche Erbschwörung unserer Lage, daß die Vereinigte Sozialdemokratie gerade in dieser Entscheidungsstunde Deutschlands von der Volksgemeinschaft hinwegstrebt, statt sich zu ihr zu bekennen und mit ihr zusammen zu handeln. Die deutsche Sozialdemokratie kommt von ihrer alten Illusionspolitik des Pazifismus und Internationalismus nicht los; sie wird noch am Grabe aller ihrer Theorien und, was mehr bedeutet, am Grabe Deutschlands überzeugungstreu und unentwegt ihre Internationale singen, wenn ihr auch manchmal, wie jetzt wieder in Genf, durch allzu heftige Nasenstöße vor ihrer eigenen Unentwegtheit bange wird. Wenn die Sozialdemokratie sich mehr auf ihre deutsche Volkzugehörigkeit besinnen und das Bekenntnis offen zur Schau tragen würde, wäre eine andere Sprache zur Entente möglich und mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß diese Sprache Gehör finden würde. Aus Amerika schallt es herüber, daß man nicht begreife, wie sich das früher so stolze Deutschland stümper Ergebnissen, ja mit beständigem Entgegenkommen zugrunde richten lasse. Diejenigen „besiegten Völker“ des Weltkrieges, die wieder zu Ehren gekommen sind, die Türken und die Ungarn, haben die Zerreißung oder Föderung ihrer Verträge durch Einheit im nationalen Willen erreicht, durch Vaterlandsliebe, Ehrgefühl, Tapferkeit, Festigkeit, alle die Tugenden, die von der heutigen Sozialdemokratie in Mißkredit gebracht und zum Schaden der Republik als antirepublikanisch angeprangert werden. Sowjetrußland ist heute Nationalstaat mit fast antiken Pflichtenansforderungen an jeden Bürger und erhält sich dadurch trotz der grünenhaften kommunistischen Mißwirtschaft. In den Siegerstaaten ist der Nationalismus gewachsen und hat in Italien im Faschismus seine extremste Ausbildung zur Herrschaft erhoben. Nur Deutschland soll nach dem Willen der Sozialdemokratie das nichtnationale, kosmopolitische Pazifistenland bleiben und alles vom Siege des „Rechts“ erwarten, der irgendwann und irgendwann sicher eintreten wird. Die Entente aber tritt als kapitalistisch-nationalistische Macht das Trümmervolk, das anders sein will wie alle anderen, zu Boden und macht aus deutschem Boden ein Kolonialland mit fremder Finanzdiktatur und eine Arbeitsstätte für fremde Völker unter dem Zwange fremder Bajonette. S. R.

Gespannte Lage.

Eine amtliche Mitteilung besagt in aller Kürze, der Reichsregierung sei am Montag Abend eine schriftliche Antwort der Reparationskommission auf die am Sonntag überreichten Vorschläge zugegangen, und die Reichsregierung werde alsbald zu der Antwort Stellung nehmen.

Auch bei dieser Gelegenheit befreit sich die Regierung, wie in den ganzen wichtigen Verhandlungstagen der letzten Zeit der Öffentlichkeit gegenüber einer Zurückhaltung und einer Schwelgheit, die mit der vielgeschmähten Geheimnisträumerei des alten diplomatischen Verfahrens jeden Vergleich aushält. Die Regierung läßt die Öffentlichkeit vollständig im Dunkeln tappen, und sie erleuchtet nur einen ganz engen Kreis von journalistischen Vertrauenspersonen, die dann ihr Licht in mehr oder weniger diskreter Weise leuchten lassen. Auch hier bestehen noch ganz auffallende Unterschiede. Denn sonst würde das „Berliner Tageblatt“ nicht damit drohen, daß seine Zurückhaltung auf die Dauer unmöglich sei, wenn man in anderen Blättern aus der Schule plaudere. Natürlich macht diese mehr als unerträglich empfundene Methode der Regierung den Geschichts- und Gerüchtenträger zu dem Mann der Stunde.

Und so kann man manches Abenteuerliche hören. Der wirkliche Tatbestand aber bleibt doch nicht verborgen. Denn während die deutsche Regierung sich der Öffentlichkeit gegenüber in einer vorbildlichen und demokratischen Weise einlappt, werden die Vertreter der ausländischen Presse von den Mitgliedern der sogenannten Reparationskommission über alles ganz genau unterrichtet. Daß die Vorgänge der letzten Tage auf diesem Umwege in die deutsche Öffentlichkeit bringen, ist in einem demokratisch regierten Staate und in einer so lebenswichtigen Frage für Deutschland nicht mehr und nicht weniger als ein Bankrott des Systems. Denn letzten Endes ist dieser Zustand nichts anderes als ein Ausdruck der völligen Ziel- und Planlosigkeit, von der die Regierung sich treiben läßt.

So harmlos die oben mitgeteilte Regierungsmittlung ist, so gespannt ist in Wirklichkeit die politische Lage. In der oben erwähnten schriftlichen Antwort der Reparationskommission sind die Vorschläge der deutschen Regierung als unzureichend bezeichnet worden, und zwar in einem Tone, der in seiner Schärfe allein schon einen Rückschlag auf die gespannten Beziehungen zwischen der Regierung und der Kommission zuläßt. Dies ist das zweitmal, daß von dem deutschen Kabinett eine Ergänzung gefordert wird. Auch die ersten Vorschläge der deutschen Regierung befriedigten die Kommission nicht, und so ließ Herr Dr. Wirth am Sonntag einen sehr kurz gefaßten Vorschlag überreichen, der die Notwendigkeit einer ausländischen Anleihe von 500 Goldmillionen für die Stabilisierung der deutschen Mark nachwies und der die Mitwirkung der Reparationskommission geforderte. Eine ausländische Industriegruppe für eine solche Anleihe zu gewinnen. Die Reparationskommission scheint Vorschläge anderer Art erwarten zu haben, darunter wohl auch den Nachweis von Plänen und Maßnahmen, durch die der deutsche Reichshaushalt in Ordnung gebracht werden kann, kurz gesagt, Vorschläge, die den inneren deutschen Finanzbetrieb und die innerdeutsche Wirtschaft betreffen. Die Enttäuschung, nichts Derartiges in dem Vorschlag des Kabinetts Dr. Wirth vorzufinden, soll in den Kreisen der Reparationskommission groß gewesen sein, und das Kabinett Dr. Wirth scheint jetzt den Versuch zu machen, durch eine abermalige Ergänzung seiner Vorschläge eine bessere Zensur zu erhalten.

Von der einzig möglichen Art, mit der sogenannten Reparationskommission zu verhandeln, soll hier nicht weiter die Rede sein. Es ist ganz selbstverständlich, daß keine Regierung der Kommission irgendwelche Erfüllung anbieten könnte, und es herrscht wohl im Land und Ausland vollständiges Einvernehmen darüber, daß Deutschland aus eigenen Mitteln und Kräften zurzeit auch nicht eine einzige Goldmark für Entschädigungsleistungen aufzubringen vermag. Aber es ist ebenso sicher, daß man mit einer solchen vermeintlichen Feststellung nicht viel weiterkommt, und daß eine deutsche Regierung, die nicht nur die Anerkennung ihrer Zahlungsunfähigkeit durchsetzen, sondern auch Mittel für fruchtbringendes Schaffen gewinnen will, — daß eine solche Regierung ein positives wirtschaftliches und finanzpolitisches Programm aufstellen und durchführen muß. Diese Aufgabe hat das Kabinett Dr. Wirth — daher wohl auch sein weniger überlegenes als verlegenes Schweigen — nicht zu erfüllen vermocht, und es steht deshalb jetzt vor einer außerordentlich schwierigen Lage. Die schliche Schwierigkeit erzählt noch dadurch eine Verschärfung, daß zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Finanzminister Dr. Hermes auf die Dauer unhaltbare persönliche Differenzen bestehen, die natürlich auch den Mitgliedern der Reparationskommission kein Geheimnis sind, und die sogar in der Pariser Presse ein geradezu skandalöses Echo gefunden haben. Da Dr. Wirth wie Dr. Hermes der Zentrumsfraktion angehören, so wäre es wohl an der Zeit, daß von dieser Seite aus einmal etwas für die Herbeiführung einer klaren Entscheidung getan wird. Vielleicht würde daraus eine Kabinettsfrage entstehen. Da aber in Zusammenhang mit den sachlichen Schwierigkeiten und der Notwendigkeit einer raschen Lösung die Frage der Regierungsumbildung doch unzweifelhaft in der nächsten Zeit aufgerollt werden wird, so würde auch die Entscheidung des Streitfalles Dr. Wirth — Dr. Hermes schließlich nur mit der Liquidation einer Politik zählen, die ihre Unfähigkeit erwiesen hat und die dringend nach einer gründlichen Änderung verlangt.

Das Gebot der Stunde.

In der Reichskanzlei und im Reichstag wird während der Tagungspause hin und her verhandelt, um einen Ausgleich der vorhandenen Spannungen zu suchen. Kein äußerlich betrachtet, besteht die Spannung darin, daß die bürgerlichen Parteien und auch einige Männer der Regierung nicht mehr so wollen, wie die Sozialdemokratie will. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht sich zu ihrem gut gespielten Erstaunen einer bürgerlichen Front gegenüber, die sich nicht einfach überrennen läßt. Wären Zentrum und Demokraten die einzigen, die dem Druck standhalten müßten, so würde ihnen dieses Schicksal wohl nicht erspart bleiben. Die Sozialdemokratie würde ihren Willen einfach diktieren. Zu ihrem Verdruß aber bemerkt die Sozialdemokratie, daß sie es jetzt mit drei bürgerlichen Fraktionen zu tun hat, die das Zahlenangebot der Vereinigten S. P. D. etwa ausgleichen und die natürlich auch den nichtsozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern einen starken Rückhalt bieten. Der „Vorwärts“ erklärt einen solchen Zustand für unerträglich und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion marschiert bereits im Hintergrunde auf, um die berühmten Konsequenzen zu ziehen. Ob die Drohung sich bewahrheitet, kann man ruhig abwarten. Sicher aber ist, daß es sich bald entscheiden muß, wie nun der Kurs gesteuert werden soll. Denn sonst strandet das Schiff unfehlbar.

Die Spannung, die durch die äußere Parteigruppierung entstanden ist, ist wahrlich nicht leichtfertig heraufbeschworen. Wenn die bürgerlichen Regierungsparteien den Sozialdemokraten nicht folgen wollen und wenn sie ihre Reizen außerhalb der Regierung durch eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft gestärkt haben, so ist das weder Laune noch Parteitaktik. Entscheidend ist die Tatsache, daß man in allen einsichtigen Kreisen die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik als völlig wirkungslos und mehr als das, als schädlich und verderblich erkannt hat. Es ist bezeichnend genug, daß der sozialdemokratische Wirtschaftsminister, Herr Robert Schmidt, sich in dem ersten Nachtrag zur Notverordnung gegen die Devisenspekulation zu einer Abschwächung entschließen muß. Er mildert die rückwirkende Kraft des Verbotes und er gibt dem Einfuhrhandel die Möglichkeit, seine Ware der ersten deutschen Hand zur Bezahlung in ausländischer Währung zu überlassen. Auch Frucht- und Viehschiffungen können mit dem deutschen Ausfuhrhandel in ausländischer Währung abgeschlossen werden, hier wie dort aus dem Grunde, weil man sonst den wirtschaftlichen Vorgang unfehlbar aus dem Ausland in das Inland vertrieben hätte — zum großen Schaden der deutschen Wirtschaft. Diese Veränderungen beweisen zur Genüge, wie bedenklich Zwangsingriffe in wirtschaftliche Vorgänge sein können. Trotzdem der Reichswirtschaftsminister und die Sozialdemokraten auch hier wieder diese Erhaltung in einem praktischen Falle gemacht haben, planen sie doch eine Verschärfung der Bestimmungen von größter Tragweite und sehen immer noch das ganze Heil ihrer Wirtschaftspolitik in derartigen Zwangsbestimmungen. Denn daß sie auf das sogenannte wertbeständige deutsche Papier irgendwelche ernsthaften Hoffnungen setzen, vermag man kaum zu glauben, besonders nachdem die Reichsbank kategorisch die Opferung ihrer Goldreserven für diesen Zweck verweigert hat. Die Sozialdemokraten haben sich, wie es scheint, in ihre Forderungen verbißten und drohen mit Biegen oder Brechen. Trotzdem wird man ihnen, nicht aus Parteilichkeit, sondern im Lebensinteresse unserer Wirtschaft Widerstand leisten, und man wird ihnen vor allen Dingen eine ganz andere positive Auffassung entgegenstellen müssen.

Daß die Devisenspekulation mit allen Mitteln bekämpft werden muß, wird von niemanden bestritten. Griffe die Regierung mit aller Entschiedenheit durch, so ließe sich schon mit den vorhandenen gesetzlichen Vorschriften viel erreichen. Will sie weitere Vollmachten gegen die private Spekulation, so möge sie damit den Versuch machen. Das Allheilmittel aber, das die Sozialdemokraten unter dieser Parole anpreisen, liegt hier nicht. Es muß gegenüber dem sozialdemokratischen Drängen doch einmal mit aller Entschiedenheit gesagt werden, daß uns die Rettung nur auf zwei Wegen kommen kann: Auf dem einen müssen wir das deutsche Volk wieder zu höheren Arbeitsleistungen emporführen, auf dem anderen müssen wir ihm die unerträgliche Last der Entschädigungszahlungen von den Schultern nehmen. Der erste Weg bedeutet den freiwilligen Verzicht auf manche Freiheit, die der November 1918 über die Massen aus-

gegossen hat, bedeutet den Verzicht auf alle sozialistischen Eingriffe in die Regeln und Gesetze des wirtschaftlichen Lebens. Aktive Handelsbilanz und Ausgleich unseres finanziellen Haushaltes sind auf anderem Wege nicht zu erlangen. Der zweite Weg verlangt ein zielbewußtes außenpolitisches Regierungsprogramm, das mit der kurzfristigen Erfüllungspolitik ein Ende macht und jede Belastung des deutschen Wirtschaftskörpers mit sogenannten Reparationen mit aller Entschiedenheit ablehnt, bis wir wirtschaftlich wieder kräftig und gesund geworden sind. Um dieses Ziel kämpfen zurzeit die Parteien der Arbeitsgemeinschaft. Und wenn sozialdemokratische Minister und die sozialdemokratische Fraktion in blindem Parteieifer auf dem falschen Wege beharren, so muß man sie ziehen lassen. Denn es handelt sich um die äußerste Möglichkeit unseres letzten Ausweges aus einer verzweifelten Lage.

Die Not des Mittelstandes.

Von Professor Bent-Erlangen.

Die Not des Mittelstandes, ja der gesamten mittleren Schichten unseres Volkes, liegt vor aller Augen. Hunderttausende von Kennern sinken von behaglicher oder reicher, jedenfalls aber gesicherter Lebenshaltung ins bittere Elend hinab, ebenso zahllose Witwen und Waisen aus einst wohlhabenden Familien. Die einen hatten sich noch durch den Verkauf von Hab und Gut aus besseren Tagen, wer das nicht mehr kann, verhungert. Auch wer die dringendsten Bedürfnisse des Alltags decken kann, ist abgeschnitten von dem geistigen und künstlerischen Leben, an dem er früher meist Anteil nahm. Im Krankheitsfall weiß er nicht, wie er den Arzt bezahlen soll, und die Begräbniskosten berauben keinen Angehörigen der letzten Reste des Vermögens. Aber dieses Herabsinken ergreift auch zahlreiche noch Erwerbstätige; bei der Beamtenschaft hält die Gehaltserhöhung nicht Schritt mit der Geldentwertung, schlimmer steht es noch mit den freien Berufen, wie Ärzten, Anwälten, Schriftstellern, Künstlern, denn im neuen Deutschland wird geistige Arbeit oft geringer bewertet als die Leistung eines jugendlichen ungelesenen Handlangers. Handwerker und Kaufleute, die nicht mehr in der Lage sind, die ungeheuer wachsenden Summen für neue Rohstoffe oder Waren aufzubringen oder deren Kunden sich einschränken müssen, sehen Umsatz und Verdienst zurückgehen. Geht die Entwicklung so weiter wie im letzten Jahr, so ist alles zum Niedergang oder gar zum Untergang verurteilt, was in der Mitte zwischen Arbeiterschaft und Großunternehmern steht.

Dieses Versinken der Mittelschicht erschüttert den Bestand des Staates, denn sie bildeten bisher die ausgleichenden sozialen Übergangsstufen, die ihrer ganzen Gesinnung nach der Unordnung und dem Bürgerkrieg abgeneigt waren. Jetzt aber greift in ihnen Erbitterung und Verzweiflung um sich, und da der Staat die Not, wenn nicht verschuldet, so doch untätig duldet, so wächst der Haß gegen den neuen Staat: keine Verfassungsfeiern können dem entgegenwirken, alles Gerede von den „Errungenschaften der Revolution“ und dem sozialen Zug der Zeit klingt den Verhungernden und Versinkenden nur wie Hohn. Aber das Schicksal dieser Mittelschichten ist auch das Schicksal der deutschen Kultur, denn sie sind seit langem die eigentlichen Träger des geistigen Lebens in Deutschland, aus ihnen gingen die meisten Führer in Wissenschaft, Kunst und Technik hervor, sie bewahrten die Überlieferungen und vererbten den Schatz deutscher Bildung von einer Generation zur anderen. Was soll in Zukunft aus unserer Literatur werden, wenn niemand aus diesen Schichten sich mehr ein Buch kaufen oder ins Theater gehen kann, was aus der Musik, wenn ein Instrument unerschwinglich ist und selbst Noten nicht mehr angeschafft oder Konzerte besucht werden können? Soll wirklich nur der Snob und der neue Reiche den Ton angeben oder das Kino allein beherrschen? Auch der Wissenschaft droht unersehliche Einbuße, wenn der Nachwuchs aus den gebildeten Schichten ausbleibt. Damit geht dann auch Technik und Wirtschaft furchtbar zurück. Und wie soll das Volk wieder zu Arbeitsamkeit und Sparsamkeit zurückgebracht werden, wenn es täglich vor Augen sieht, wie Menschen, die ihr ganzes Leben hindurch gearbeitet und gespart haben, mehr als der Durchschnitt, am Ende ihres Lebens verhungern, während viele das Geld vergeuden? Ist erst einmal die Gemüts- und Verantwortungslosigkeit auch in diesen

Kreissen heimlich, dann ist sie nur schwer auszurotten, und unser Volk ist moralisch noch ärger verseucht.

So hat der Staat kein dringenderes Interesse als den Untergang von den Mittelschichten abzuwenden, er schlägt damit seine festesten Grundlagen und die Kultur unseres Volkes. Er erfüllt aber auch eine sittliche Pflicht, denn er selber hat zu dem Niedergang beigetragen. Durch den Begriff der mündelsicheren Papiere hat er viele veranlaßt, ja gezwungen, ihr Vermögen so anzulegen, daß es jetzt von der Geldentwertung besonders getroffen wird. Vor allem aber hat er die Zeichnung der Kriegsanleihe zur vaterländischen Pflicht gemacht, kann dann aber auch nicht die, welche sie erfüllt und ihr Vermögen ganz oder zu großen Teilen in ihr angelegt haben, im Stich lassen, während er denen, die das Vaterland im Stich gelassen, täglich höhere Belohnungen für zurückgehaltenes Geld verspricht. Heute steht bereits der, welcher 100 Goldstücke bewahrt hat, besser als der Besitzer von 1 Million Kriegsanleihe. Das ist geradezu eine Prämie für Landesverrat.

Man sollte erwarten, daß ein Staat, der sich sozial nennt, durchgreifende Maßnahmen ergriffen hätte. Aber nichts davon. Milliarden sind gegeben für die Arbeitslosenversicherung, mit Recht, obwohl sicherlich viele darunter waren und erst recht sein werden, die auch etwas vorsorgen konnten für die Zeit der Not. Dann müssen aber auch Milliarden vorhanden sein für die Erhaltung solcher, die alles in ihren Kräften stehende getan haben, um sich einen Sparspennig zurückzulegen und den Staat zu entlasten. Statt dessen hat man sich mit geringen Steuerermäßigungen begnügt, nimmt vielen aber auch noch die Kapitalrentensteuer ab, und will jetzt mit privater Wohltätigkeit helfen. Wohl öffnet sich auch dieser ein weites Feld, aber ausreichen kann sie nicht entfernt und der Staat kann sich von seiner Pflicht zu eigenem Eingreifen nicht befreien. Nicht Almosen fordert der Mittelstand, sondern staatliche Hilfe, genau wie einst der Industriearbeiter mit der großen sozialen Erregung geduldet wurde. Das Schwerkgewicht der sozialen Frage hat sich heute nach der Seite des Mittelstandes verschoben.

An Maßnahmen kommen in Betracht staatliche Zusatzrenten für Erwerbsunfähige, die im Ertrage ihres Vermögens nicht mehr bescheiden sein können; hierbei werden durch Abstützung der Renten die Zeichner von Kriegsanleihe besonders zu bevorzugen sein. Auch staatliche Zuschüsse zu freiwilliger Versicherung für den Krankheitsfall und für Sterbefällen sind zu erwägen, denn es ist ein ungesunder Zustand, daß ein Arbeiter mit 300 000 Mark Verdienst die Wohlfahrt der Versicherung genießt, ein Angehöriger des Mittelstandes mit 30 000 Mark dagegen nicht. Wenn auch die Not des Mittelstandes mit dem Niedergang Deutschlands in untrennbarem Zusammenhang steht, so ist sie doch zu mildern und es kann verhütet werden, daß er die ganzen Lasten trägt.

Die Mittel für eine durchgreifende Hilfe sind zu beschaffen, wenn man nur sich entschließt, eine Sonderbesteuerung der Jugendlichen einzuführen. Stets wird beobachtet und darauf hingewiesen, daß die ledigen Jugendlichen dank ihres nahezu gleichen Verdienstes sehr viel besser gestellt sind als die älteren Familienväter und vergeden können, während diese nicht wissen, wie sie Kleidung und Nahrung beschaffen sollen. Von dem übermäßigen, für unsere Wirtschaft schädlichen Verbrauch entfällt ein Hauptanteil auf die Jugendlichen. Es ist daher ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, sie stärker zur Steuer heranzuziehen, etwa durch einen Zuschlag von mindestens 10 v. H. des Einkommens. Große steuerrechtliche Schwierigkeiten sind auch nicht vorhanden, bei den meisten Jugendlichen würde ja nur der Lohnabzug zu verdoppeln sein, wenn auch natürlich nicht nur die Lohnempfänger der Steuer zu unterwerfen wären. Nimmt man nun als Jugendliche die erwerbsfähigen von 14 bis 25 Jahren, so kommt man auf ungefähr 2 Millionen in Handel und Gewerbe tätigen, wozu dann noch die in der Landwirtschaft beschäftigten, die Selbständigen und die Beamten kämen, alles in allem an die 3 Millionen, von denen sicher zwei Drittel unverheiratet sind. Da der Jahresverdienst sich meist auf über 100 000 Mark belaufen wird, so ist ein Ertrag einer 10prozentigen Steuer auf 20 Millionen zu veranschlagen. Hiermit ist etwas Durchgreifendes für den Mittelstand zu erreichen, wie die Wohltätigkeit nie annähernd leisten kann. Auch die Invaliden-

rentner und Kriegsoffer können bedacht werden. Da die Steuer alle Klassen treffen würde und großen Schichten des Volkes zugute käme, müßten die Parteien sich darüber einigen können. Jedenfalls eröffnet sich den bürgerlichen Parteien, die den Schutz des Mittelstandes wollen, ein großes Feld der Betätigung. Vor allem die Deutsche Volkspartei sollte bei Gelegenheit der Verhandlungen über ihren Eintritt in die Regierung und ein neues Regierungsprogramm dafür sorgen, daß die beiden großen sozialen Forderungen, Schutz des Mittelstandes und Sonderbesteuerung der Jugendlichen, durchgeführt werden.

Produktionspolitik.

Die Besprechungen unserer Regierung und unserer Sachverständigen mit dem Wiederherstellungsausschuß lassen, was die Vielseitigkeit der Anregungen für die Rettung des deutschen Volkes und für die Befriedigung seiner Gläubiger betrifft, nichts zu wünschen übrig. Auslandsanleihe, Zahlungsausschuß, Währungsreform und noch viele andere gewiß wichtige und notwendige Vorschläge und Forderungen beherrschen die öffentliche Erörterung und, soweit das Geheimnis der Unterhandlungen gelüftet wird, auch die mündliche Aussprache. Dies findet seine sehr natürliche Erklärung darin, daß die der deutschen Regierung leider nur zu selten gewährte Gelegenheit unmittelbarer Fühlungnahme mit den Vertretern der Verbandsmächte selbstverständlich dahin ausgenutzt werden muß, die von jenen abhängigen Maßnahmen für die Rettung des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft in erster Reihe zu berücksichtigen; und der Reichsbankpräsident hat auch zweifellos Recht, wenn er in seiner vielbesprochenen Erklärung die Beschützung des deutschen Zusammenhalts als von der Einsicht und dem entsprechenden Verhalten des Auslandes abhängig darstellt. Andererseits liegt aber in einer derartigen Stellungnahme eine gewisse Gefahr insofern, als sie das Aufkommen und Wachsen eines verhängnisvollen Fatalismus beim deutschen Volk selbst begünstigen muß. Wer immer wieder vernimmt, daß außerhalb seines eigenen Willens und seines eigenen Einflusses liegende Mächte das Schicksal in der Hand halten, vergiftet nur zu leicht die noch verbliebenen Möglichkeiten eigener Einwirkung auf die Gestaltung seiner Zukunft, wird kleinmütig und in seinen Lebensenergien gelähmt. Das aber ist das schlimmste, was einem Volk, dem man den größten Teil seines nationalen Vermögens und seiner Produktionskraft bereits genommen hat, begegnen kann. Das Beispiel Österreichs, wo dieses Schwinden alles Lebens- und Selbstbehauptungswillens, begünstigt durch angeborene Weichheit und eine gewisse Gleichgültigkeit des Volkscharakters, schon viel früher in Erscheinung getreten ist, redet eine warnende Sprache. Glücklicherweise sind wir noch nicht ganz so weit. Immer mehr dringt im Gegenteil die Erkenntnis vor, daß auch in dem vorläufig günstigsten Fall, daß das eine oder andere der eben erwähnten Rummittel zur Anwendung gelangen sollte, das nur ein Herumdokieren an den Symptomen bedeutet, von dem bestenfalls ein zeitweiliges Abstoppen der Fieberkurve, niemals aber eine dauernde Sentung eröffnet werden kann. Man führt wohl auch schon diese Erkenntnis einen Schritt weiter, indem man als unerlässliche Voraussetzung besserer Zustände die Gesundmachung der deutschen Wirtschaft bezeichnet, womit in der Tat der Kernpunkt des Problems getroffen ist. Nur bewegen sich leider die zurzeit am häufigsten vernünftigen Erörterungen über die Durchführung dieser Aufgabe ebensfalls vorwiegend an der Oberfläche. Oder ist es etwas anderes, wenn etwa die Ausbalancierung unseres Haushalts gern in den Vordergrund gestellt wird? Wie man das zustande bringt, zeigt uns beispielsweise unsere Eisenbahnverwaltung, die sich stolz rühmt, ihren Haushalt ins Gleichgewicht gebracht, ja sogar leithin Überschüsse erzielt zu haben. Das Kunststück ist für einen Rechenkünstler wirklich nicht allzu schwer, und trotzdem wird die Verwaltung wohl niemand davon überzeugen, auch wird sie selbst davon kaum überzeugt sein, daß unsere Reichsbahnen gesund seien. Ebenso wenig dürfte es ein Ding der Unmöglichkeit sein, unseren gesamten Reichshaushalt buchnäßig in Ordnung zu bringen. Ein tüchtiges Andrehen der Steuerhrahne würde gigantische Mehrerlöse nicht nur auf dem Papier, sondern bei der unablässig vermehrten Notenflut auch an Papier erbringen; weitere Erhöhungen der öffentlichen Ge-

bühren und Tarife würden ein Übergetun, und wenn man dann noch ein übriges täte und einige Ausgabeposten um etliches kürzte, wäre am Ende das buchnäßige Gleichgewicht im Reichshaushalt nur noch eine Frage der Zeit. Auf diese Weise denkt sich offenbar der Verbandsausschuß die Gesundmachung der deutschen Wirtschaft, von der er die Gewährung seiner Hilfe abhängig machen will. Aber auch im Lande selbst dringt man leider vielfach nicht über diese Äußerlichkeiten hinweg an den Kern der Dinge. Lediglich an dem Symptom doktern auch diejenigen herum, die die innere Währungsreform zunächst in Angriff genommen wissen wollen, wobei ihnen freilich als Verdienst angerechnet werden soll, daß sie überhaupt etwas unternehmen möchten, also eine aktive Politik betreiben. Daß damit aber auch noch nicht ein Brotkorn mehr erzeugt, eine Tonne Kohle mehr gefördert, ein Meter Tuch mehr produziert wäre, wissen sie wahrscheinlich ebenso gut wie wir.

Damit kommen wir zur Frage der Produktionsförderung, von der für uns nicht weniger als alles abhängt. Man wird uns einwenden, daß wir damit eine Binsenweisheit aussprechen, und in der Tat ist ja „Produktionsförderung“ ein Schlagwort geworden, das in allen Ministerreden wiederkehrt und auch in der öffentlichen Erörterung fast zum Überdruß abgehandelt wird. Aber beim Abhandeln ist es bisher leider im wesentlichen geblieben, von Handel und Ratgebern noch nicht viel bemerkt und so auch nicht die Wege gewiesen bekommen, auf denen eigenes Handeln zum Nutzen der Allgemeinheit erfolgen könnte. Der Ruf nach Mehrarbeit ist gewiß oft genug an die Volksgemeinschaft ergangen, und nichts ist notwendiger als unablässige Aufrüttelung und Einspannung der Lebens- und Arbeitsenergien aller Volksteile. Nur darf nicht verkannt werden, daß das Wort Mehrarbeit gerade durch seine Abnutzung und oft sehr einseitig gebachte und auch verstandene Anwendung heute vielfach eine Wirkung ausübt, die uns von dem Endziel eher entfernt als ihm nähert. Mehrarbeit an sich sagt wenig oder gar nichts, wenn sie nicht dahin bedeutet wird, daß außer der gewiß dringend notwendigen Anspannung und Ausnutzung aller im Volk vorhandenen physischen Kräfte, dieser gewonnene Energiezuwachs auch an der richtigen Stelle und in geeigneter Verwendung finden soll. Was soll sich beispielsweise heute der Textilarbeiter unter Mehrarbeit vorstellen, wenn er in den Wochenberichten der Landesarbeitsämter liest oder von der eigenen Werkleitung hört, daß in seiner Industrie Arbeitsstreckungen und Verringerungen der Belegschaft unvermeidlich sind? Man gebe sich keinen Täuschungen darüber hin, daß mit der mechanischen Wiederholung eines Schlagworts nicht nur nichts gewonnen, dieses im Gegenteil lediglich zur Phrasen wird, deren wahrer und berechtigter Kern nach und nach von den Empfindungen des Überdrußes und der Abneigung totgedrückt werden muß. Mehrarbeit, und zwar von allen Beteiligten, muß heute dort einsetzen, wo unsere Lebensnotwendigsten Güter erzeugt werden und wo zum ändern die äußere Vorbedingung, nämlich die Arbeitsgelegenheit, gegeben ist. Dazu gehört aber nicht nur die Bereitwilligkeit der unmittelbar im Produktionsprozeß Tätigen, sondern ebensosehr die verständnisvolle Förderung durch die Regierung und durch die Verwalter unsers Kredits. Wird nun die Frage aufgeworfen, was von den letztgenannten Stellen bisher geschehen ist, um der eigentlich doch selbstverständlichen Parole: „Die wichtigste Arbeit zunächst zur Tatwerdung zu verhelfen, so ist die Antwort wenig befriedigend. Greifen wir die Landwirtschaft heraus, an deren ausgleichgebender Bedeutung für die Lebenshaltung unsers Volkes heute auch der eingeschworene Agrarierfeind nicht mehr zweifelt. Bald ein Jahr ist vergangen, seit von ihren Führern das bekannte Produktionsprogramm aufgestellt wurde, das die Kernfrage unserer Zukunft, die Sicherstellung unserer Ernährung, herzhast anpackte. Hoch und weit streckte das „Landwirtschaftliche Hilfswerk“ seine Ziele, und manches Wasser mußte seitdem in den Wein lühner Hoffnungen gegossen werden, nicht zuletzt auch infolge der Gleichgültigkeit oder gar Abneigung mancher Berufsangehöriger. Aber der von den Führern gerichtete Weg wird doch bis zum heutigen Tage innegehalten.

Was hätte näher gelegen, als daß die Regierung sich mit allen Kräften, und nicht zuletzt mit ihrem wahrlich umfangreich genug aufgelegten Propagandaapparat für ein solches, im besten Sinn vater-

ländisches Unternehmen eingesetzt hätte. Statt dessen eine kühle, bestenfalls lauwarme Aufnahme bei den höchsten verantwortlichen Stellen, die sich von dem Dunst persönlichen Mißtrauens und politischer Abneigungen nicht frei zu machen wissen oder wagen, und einige phantastisch-freundliche Zustimmungserklärungen der nachgeordneten Organe. Hier hätte eine, auch mit außergewöhnlichen Aufwendungen und einigen Opfern an politischen „Überzeugungen“ wahrlich nicht zu teuer erkaufte — Produktionspolitik — betrieben werden können und sie kann es noch heute. Macht man sich denn wirklich nicht klar, was jede Tonne mehr gefördert Krogens und Weizens für uns bedeutet in einer Zeit, wo, wie wir eben im Tempus lesen, die europäischen Aufkäufer um die in der Welt begriffenen amerikanischen Getreidekörner sich buchstäblich raufen, weil nicht nur bei uns allein in Europa die Ernteergebnisse hinter allen Erwartungen zurückgeblieben sind? Die natürliche, auch bereits eingetretene Folge ist ein Anziehen der Weltgetreidepreise, und es bleibt ein von unserer Regierung zu beantwortendes Rätsel, wie, bei Stillstand oder gar Rückgang unserer heimischen Erzeugung, die notwendigen Auslandkäufe in Zukunft getätigt werden sollen. Auch hier beobachtet man wieder eine geradezu sträfliche Gleichgültigkeit und jenen Fatalismus, der sich auf irgendein Wunder verläßt und die Energie zum eigenen Handeln nicht mehr aufbringen kann oder will. Sattfam bekannt ist ferner der Arbeitermangel der Landwirtschaft, unter dem ihre Produktivität schwer leidet, und bekannt ist auch, daß dieses unzureichende Angebot, beziehungsweise die Abwanderung von Arbeitskräften, abgesehen von andern, weniger wichtigen Umständen, auf Wohnungsmangel zurückgeführt werden muß. Auch hier hätte eine wirkliche Produktionspolitik manches verhüten, manches bessern können. Ist genug ist von Sachkundigen gefordert worden, daß die Wohnungsbaukommissionen nach produktionspolitischen Gesichtspunkten verteilt würden, anstatt nach den Bedürfnissen des Augenblicks. Geschehen ist nichts oder wenig, und heute, wo unser Wohnungswesen vor dem Zusammenbruch oder vielmehr schon mitten darin steht, dürfte es leider für eine wirksame Abhilfe zu spät sein. Ähnliches gilt für das kaum weniger wichtige Gebiet des Bergbaus. Auch dort ist die Produktionsfrage letzten Endes eine Wohnungsfrage, da an dem Mangel an Unterbringungsmöglichkeit die Einstellung der erforderlichen Arbeitskräfte scheitert. Heute aber schon gesteht man zu, daß das mit großen Mitteln begonnene und mit großen Hoffnungen begrüßte Ruhrfeldungsunternehmen ein offenes Fiasko erlebt hat. Gerechtweise darf man dieses nicht den Veranstalter zur Last legen, aber laufen lassen, ohne zu warten, bis irgendein Helfer erscheint, das scheint auch diesmal wieder die Parole.

Solche Beispiele, ausgesprochene Plan- und Ratlosigkeit bei unsern Regierenden, in Parlamenten und, das muß gesagt werden, auch bei zahlreichen auf Führerqualität Anspruch erhebenden Wirtschaftlern liegen sich noch zahlreich anführen. Da nimmt es freilich kaum noch wunder, wenn das Vertrauen des Volkes auf seine Führung immer mehr schwindet und die Enttäuschung sich teilweise in Hoffnungen und Forderungen Luft macht, deren Verwirklichung uns zu dem wirtschaftlichen noch das politische Chaos bringen würde. Einer Planwirtschaft das Wort zu reden, steht uns fern, weil sich mit diesem Begriff Vorschläge zu verbinden pflegen, die wir als den Versuch einer gewaltigen Systematisierung natürlicher Entwicklungen ablehnen. Aber zwischen Planwirtschaft und absoluter Plan- und Ziellosigkeit, wie sie heute leider unsere öffentliche und zum Teil auch die private Wirtschaftspolitik kennzeichnet, liegt noch ein Weg, der, wenn er beschritten würde, unserer Wirtschaft und unserem Volk wenigstens die Möglichkeit eines Ausfluges aus eigener Kraft aufzeigen könnte. Dieser Weg heißt Produktionspolitik, nämlich Politik, die ihre Zielsetzung über die Augenblicksnöte und Bedürfnisse hinaus auf die mit dem wichtigsten beginnende Produktionssteigerung planmäßig einstellt.

Der Umbau der Angestelltenversicherung.

Von Otto Thiel, M. d. R.

Der von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bereits im Juni 1920 beantragte Um-

bau der Angestelltenversicherung ist nunmehr im wesentlichen beendet worden, nachdem der Reichstag einstimmig den Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherung angenommen hat. Über die wesentlichen Änderungen mag nachstehend in aller Kürze das folgende gesagt sein:

Als die Personalkreise, die seither versicherungspflichtig waren, sind es auch künftig. Darüber hinaus sind Bürolehrlinge, Handlungslehrlinge, Lehrlinge in Apotheken und Werkstattlehrlinge künftig versicherungspflichtig, ebenso wie Musiker, auch wenn sie nicht Orchestermitglieder sind, ferner Angestellte in Berufen der Erziehung, des Unterrichts, der Fürsorge und der Kranken- und Wohlfahrtspflege. Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, durch Ausführungsbestimmungen nach Anhören der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und des Reichsversicherungsamts die versicherungspflichtigen Berufsgruppen näher zu bezeichnen.

In der zweiten Lesung wurde ein Antrag angenommen, wonach die Voraussetzung der Versicherung für alle darin besteht, daß ihr Jahresarbeitsverdienst eine vom Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats jeweils festzusetzende Gehaltsgrenze nicht übersteigt. Es ist in Aussicht genommen, diese Gehaltsgrenze auf 840 000 M festzusetzen. Nach § 4 kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Versicherungspflicht auch auf andere Personen erstrecken, die eine ähnliche Tätigkeit ausüben wie die durch Gesetz der Versicherungspflicht unterworfenen Personen.

Angestellte im Dienste des Reiches, eines Landes, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder eines Trägers der religiösen Arbeiter- oder Angestelltenversicherung, Geistliche der als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannten Religionsgesellschaften sowie Lehrer und Erzieher an öffentlichen Schulen oder Anstalten sind künftig nur dann versicherungsfrei, wenn ihnen Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrente im Mindestbetrage der ihrem Dienstverdienst entsprechenden Höhe gewährleistet ist. Das soll bewirken, daß nicht wie bisher an manchen Orten völlig ungenügende Fürsorge für solche Personen die Versicherungspflicht ausschließt.

Neuversicherte, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes das 55. Lebensjahr vollendet haben, werden auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit, wenn ihnen die Abkürzung der Wartezeit nicht gestattet wird oder nicht zugemutet werden kann. Damit entfällt ein wesentlicher Grund für die hier und da aufgetauchten Widersprüche älterer Angestellter gegen die Erweiterung der Versicherungspflicht.

Zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung (Selbstversicherung) sind, entsprechend ihrem Einkommen, bis zum vollendeten 40. Lebensjahre solche Personen berechtigt, die für eigene Rechnung eine ähnliche Tätigkeit wie die im § 1 genannten ausüben (Kaufleute, Ärzte, Volkswirte, Rechtsanwälte, Künstler usw.).

Die Beiträge und Leistungen sind grundsätzlich geändert und den heutigen Geldverhältnissen angepaßt worden. Hinsichtlich der Leistungen hat der Reichstag festgehalten an der Überlegenheit der Angestelltenversicherung gegenüber der Invalidenversicherung. Die Höhe der Ruhegelder und Hinterbliebenenrenten wird nach anderen Grundätzen bemessen als seither. Das jährliche Ruhegeld besteht aus Grundbetrag und Steigerungsbetrag. Der Grundbetrag ist für alle Gehaltsklassen 720 M. Die in Frage kommenden Steigerungsbeträge richten sich nach den Gehaltsklassen und den danach berechneten monatlichen Beiträgen. Sie betragen sich: bei einem monatlichen Beitrag von 60 M auf 5,40 M, von 100 M auf 10,80 M, von 170 M auf 21,60 M, 280 M (39,60 M), 420 M (61,20 M), 600 M (90,00 M), 820 M (126,00 M), 1150 M (180,00 M), 1690 M (270,00 M), 2340 M (378,00 M), 3100 M (504,00 M), 3970 M (648,00 M), 4840 M (792,00 M).

Die Beiträge sind wie bisher je zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer zu tragen. Ein aus agitatorischen Gründen von der Sozialdemokratie gestellter Antrag, eine andere Lastenverteilung vorzunehmen, wurde vom Reichstag natürlich abgelehnt.

Hat der Ruhegeldempfänger Kinder unter 18 Jahren, so erhöht sich das Ruhegeld für jedes von ihnen um jährlich 960 M.

Die Witwen (Witwer-)rente beträgt zwei Fünftel des für den Versicherten zu berechnenden Ruhegeldes.

Waisen erhalten je zwei Fünftel, Doppelwaisen je zwei Drittel (bisher ein Fünftel bzw. ein Drittel) der Witwen (Witwer-)rente.

Zu dem Ruhegeld und den Witwen-, Witwer- und Waisenrenten tritt als Rentenerhöhung ein Teuerungszuschlag hinzu. Dieser beträgt bei Ruhegeld und Witwen (Witwer-)renten jährlich 9000 M, bei Waisenrenten jährlich 4500 M.

Für Beitragmonate vor dem 1. November 1922 werden je nach den Gehaltsklassen nebenstehend bezeichnete Steigerungsbeträge angerechnet: A (0,55 M), B (0,85 M), C (1,15 M), D (1,50 M), E (2,00 M), F (2,50 M), G (3,00 M), H (4,00 M), I (5,00 M), K (10,00 M), L (15,00 M), M (30,00 M), N (50,00 M), O (75,00 M), P (100,00 M).

Nach diesen Angaben kann jeder Versicherte mit Leichtigkeit das Ruhegeld und die Hinterbliebenenrenten berechnen.

Zu den Leistungen der Angestelltenversicherung treten als Ergänzung die Steigerungen der Invalidenversicherung für anrechnungsfähige Beitragswochen dieser Versicherung hinzu. Ein Versicherter, der die Wartezeit bei beiden Versicherungen zurückgelegt hat, kann wählen, ob er Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung oder Invalidenrente aus der Invalidenversicherung empfangen will. Im letzteren Falle werden die Steigerungsbeträge der Angestelltenversicherung rentensteigernd bei der Invalidenversicherung angerechnet. Die Entscheidung des Versicherten für einen der beiden Versicherungsträger ist für seine Hinterbliebenen bindend. Ein Versicherter der Invalidenversicherung, der infolge eines Berufswechsels in die Angestelltenversicherung kommt, geht seiner Rechte an die Invalidenversicherung nicht verlustig, wenn er keine Beiträge weiter an diese entrichtet für die Zeit, während der er Beiträge an die Angestelltenversicherung bezahlt. Das gilt auch für den umgekehrten Fall. Eine freiwillige Weiterversicherung in solchem Falle ist zwar zulässig, aber nicht zur Aufrechterhaltung der Anwartschaften notwendig.

Bergeht das Memelland nicht!

Von Ernst Samuel,

Vorsitzender des Deutsch-Litauischen Memellandbundes.

Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß diejenigen Nationalitäten, die vor dem Weltkriege die beweglichsten Klagen über angebliche Vergewaltigung und systematische Unterdrückung ihres Volkstums durch den Herrenstaat geführt haben, alsbald nach Erlangung eines selbständigen Staatswesens von widerstrebendem Imperialismus und von größter Unduldsamkeit gegen andere Nationalitäten ergriffen worden sind. Ein typisches Beispiel hierfür ist Polen. Die nachstehenden Zeilen werden aber zeigen, daß auch ein Staat wie Litauen, bei dessen Einwohnern vor dem Kriege von einem völkischen Selbstbewußtsein überhaupt nichts zu spüren gewesen ist, jetzt den Imperialismus auf seine Fahnen geschrieben hat, und zwar ganz natürlich auf Kosten des Deutschtums, denn dieses liegt ja niedergeschlagen am Boden und muß es sich gefallen lassen, von den „Hyänen des Schlachtfeldes“ angegriffen zu werden.

Der Ausbreitungsdrang Litauens läuft auf die Besitzergreifung des Memelgebietes hinaus, dieses kleinen Stückerl Landes mit kaum 150 000 Seelen das durch das Versailles Diktat trotz des lebhaften Protestes seiner Einwohner gewaltsam vom Deutschen Reich losgerissen worden ist. An dem deutschen Charakter des Memelgebietes, das seit mehr als 500 Jahren zu Preußen-Deutschland gehört hat und vorher schon fast 200 Jahre deutsches Ordensland gewesen ist, besteht kein Zweifel. Wenn auch etwa die Hälfte der Memelländer in täglichem Umgang sich eines litauischen Dialekts bedient, so versteht und spricht doch jeder von ihnen deutsch, und treuherzig ist ihre Gesinnung. Falls noch jemand daran gezweifelt hätte, dann müßte ihn der Umstand gründlich eines Besseren belehren haben, daß bei einer auf großlitauisches Drängen von der französischen Besatzungsbehörde verfügten Elternbesetzung nur 1,8 v. H. litauischer Schüler und Schülerinnen des Memelgebietes litauischen Les- und Schreibunterricht verlannten.

Die Entscheidung des Reichstagsrats in Paris über das künftige Schicksal des Memelge-

biets steht noch aus, ist aber jetzt in Kürze zu erwarten. Diesen Umstand hat das benachbarte Litauen sich zunutze gemacht, um mit allen Mitteln die Eingliederung des Memelgebiets in den litauischen Staat anzustreben, was, wenn es Erfolg hätte, den Untergang der deutschen Kultur und die vollständige Litauisierung des Memelgebiets zur Folge haben würde. Es ist verständlich, daß die Memelländer sich das nicht gefallen lassen wollen. Dem Anschluß an Litauen würden sie, wenn eine Rückkehr zu Deutschland ausgeschlossen sein sollte — was aus dem Vertrag von Versailles keineswegs zu folgern ist —, als das kleinere Übel die Selbstständigkeit in einem Freistaat vorziehen.

Um nun sein Ziel zu erreichen, betreibt Litauen in der Entente- und auch in Zeitungen des neutralen Auslandes eine lebhafteste Propaganda, durch die bewiesen werden soll, daß Litauen berechnete Ansprüche auf das Memelgebiet habe. Im Memellande selbst unterhält Litauen eine Reihe von schwerbezahlten, von außerhalb dorthin geschickter Agenten, zu denen auch der bisherige Landesdirektor Simonaitis, der jetzt von Kowno aus in großlitauischem Sinne wirkt, gehört hat. Selbst in Rheinland-Westfalen gibt es Leute, die von der litauischen Gesandtschaft in Berlin Geld erhalten, um unter den dort wohnenden zahlreichen geborenen Memelländern — wenn auch ohne Erfolg — zu agitieren. Nicht weniger als vier großlitauische Blätter und Blättchen, von denen mindestens einer nur eins in litauischer, die übrigen

in deutscher Sprache erscheinen, besorgen im Memelgebiet die großlitauische Schmarbeit gegen das Deutschtum. Daß dabei die Deutschen im allgemeinen mit Hund und Schwein verallgemeinert werden, gehört noch nicht zu den schlimmsten Beschimpfungen. Geld scheint bei dieser skrupellosen Schmarbeit überhaupt keine Rolle zu spielen. Erst noch im August d. J. ist die in Hendenburg erscheinende „Memelzeitung“ um den Preis von drei Millionen Mark in großlitauische Hände übergegangen. Und dabei haben die Großlitauen im Memelgebiet nur einen verschwindend geringen Anfang den sie sich erst durch allerhand Mäßen, wie Lieferung billigen Holzes aus Litauen usw. herangezogen haben.

Man kann die großlitauischen Agenten im Memelgebiet mit Offizieren vergleichen, die keine Soldaten haben. Aber das Geschrei soll's machen und den Eindruck geben, als ob das Memelgebiet litauisch wäre und die Memelländer keinen heftigeren Wunsch hätten, als Untertanen Litauens zu werden. Leider wird dieses Treiben von der französischen Besatzungsbehörde mindestens geduldet, denn sie vermag sich nicht dazu aufzuschwingen, den großlitauischen Verheerungen entgegenzutreten, die geeignet sind, Unruhen im Memelland zu erzeugen und dort Verhältnisse zu schaffen, wie wir sie in Oberschlesien erlebt haben. Wehe aber, wenn die Memelländer es wagen wollten, gleiches Recht für sich in Anspruch zu nehmen und, ebenso wie die großlitauischen Plottatoren für einen Anschluß an Litauen arbeiten, ihrerseits die Wiedervereinigung mit Deutschland zu fordern; die sofortige Ausweisung der betreffenden Personen und damit der Verlust von Besitz und Stellung wäre die Folge.

Die Memelländer wehren sich in den ihnen gezogenen engen Grenzen frampfhast gegen die großlitauischen Gelüste. Vergeblich schauen sie sich nach Hilfe aus dem Reiche um. Die deutsche Regierung kann und darf ihnen direkt nicht helfen. Jede Einmischung in innere memelländische Verhältnisse würde als Bruch des „Friedensvertrages“ ausgelegt werden und dementsprechende Folgen nach sich ziehen. Wohl aber könnte die deutsche Regierung einen gewissen Druck auf Litauen ausüben, und sie dürfte auch die Mittel dazu besitzen, um einer Demarche in Kowno den nötigen Nachdruck zu verleihen. Ich kann mir nicht denken, daß es in Kowno ohne Wirkung bleiben würde, wenn die deutsche Regierung den Litauern energisch zu Gemüte führte, daß derjenige, der sich am Memelgebiet vergreift, sich um gesamten deutschen

Volke vergreift hat. Wie im Deutsch-Litauischen Memellandbund und seinen zahlreichen Zweigvereinen organisierten außerhalb des Memelgebiets wohnenden geborenen Memelländer haben diese Forderung schon vor Jahr und Tag der zuständigen Stelle vorgebracht, leider ohne daß wir gehört worden sind. Sollte sich die deutsche Regierung angesichts der immer ärger werdenden großlitauischen Propaganda in Memelgebiet und um das Memelgebiet, auf dessen Besitz der litauische Staat weder einen historischen noch einen moralischen Anspruch hat, auch jetzt nicht zu energischen Schritten gegenüber der litauischen Regierung, die hinter dem ganzen Treiben steht, entschließen können, dann muß es Pflicht der Parlamente sein, dafür zu sorgen, daß endlich in obiger Richtung etwas geschieht, um den schwer um ihr Deutschtum ringenden Memelländern nachhaltig zu Hilfe zu kommen, ehe es zu spät ist.

Die neue italienische Regierung.

Aus dem gefährlichen Experiment, das die italienischen Faschisten durch ihren Marsch auf Rom gemacht haben, ist eine neue italienische Regierung hervorgegangen, die so gut wie ganz aus Faschisten und radikalen Nationalisten besteht. Nur Heer und Marine hat man den bisherigen Ministern überlassen. Zudem ist auf einen politisch unbedeutenden Posten ein Demokrat und auf einem andern ähnlichen ein Vertreter der Christlichen Volkspartei berufen worden. Der Bildung der Regierung soll in Kürze die Vorstellung des neuen Kabinetts vor dem Parlamente folgen und damit wird Mussolini, der neue Ministerpräsident und Führer der Faschisten, seinen ersten Schritt von dem militärischen Feld in das bürgerliche Leben tun. Die Übergangsprobe scheinen die Faschisten gut bestanden zu haben. Ihre Rückkehr zu dem bürgerlichen Beruf ist, wie es scheint, ebenso glatt vor sich gegangen wie die Mobilisierung. Mussolini hat dadurch die Möglichkeit gewonnen, die Regierung in den gewohnten parlamentarischen Formen anzutreten, und sich als den Reiter des Vaterlandes der italienischen Kammer vorzustellen.

Wenn die italienische Kammer es wagt, ihre wahren Gefühle zum Ausdruck zu bringen, so wird der Empfang sicher nicht so begeistert sein, wie der, den die Faschisten und ihr Führer in Rom und vielen anderen Städten gefunden haben. Denn im Rahmen der gegenwärtigen Kammer erscheint die faschistische Regierung wie ein Fremdkörper, zu der die parlamentarische Umrahmung nicht im geringsten paßt. In der italienischen Kammer sitzen nur 30 faschistische Abgeordnete, die allein als unmittelbare Gefolgschaft der neuen Regierung zu gelten haben. Und es ist kaum anzunehmen, daß die Demokraten und die Christliche Volkspartei den Strohmannern zu Gefallen sein werden, die Mussolini aus diesen Parteien in sein Kabinett berufen hat. Es galt vor dem Staatsstreich der Faschisten stets als selbstverständlich, daß Mussolini Neuwahlen ausgeschrieben werde, sobald es ihm gelungen sei, die Regierung in seine Gewalt zu bekommen. Es ist sehr leicht möglich, daß unter dem Eindruck des unbestrittenen faschistischen Erfolges das Ergebnis der Neuwahlen anders ausfallen würde, selbst wenn man dem Terror, unter denen diese Wahlen stehen würden, einen sehr großen Einfluß auf das Ergebnis einräumt. Unter diesen Umständen ist die parlamentarische Lage in Italien außerordentlich kritisch und es wird heute noch niemand mit Bestimmtheit sagen können, wie Mussolini sich mit der Kammer auseinandersetzen wird.

Die weitere parlamentarische Entwicklung wird natürlich auch sehr viel von den politischen Bahnen abhängen, in denen sich Mussolinis Regierung bewegt. Im Innern scheint das Ziel der Faschisten zu sein, mit dem Schlandrian und mit der Verschwendung gründlich aufzuräumen. Damit würden sie sich zweifellos in Italien einen hohen Grad von Popularität erwerben. Für ihre Haltung und ihren Erfolg wäre das aber nicht das Entscheidende. Denn der Schwerpunkt ihrer Politik ruht in der Führung der auswärtigen Geschäfte. Ein sichtbarer Rückschlag des Staatsstreiches ist bereits eingetreten. Graf Ciano, der ehemalige italienische Außenminister, ist von seinem Posten als italienischer Botschafter in Paris zurückgetreten. Das läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß das Kabinett Mussolini Frankreich gegenüber einen anderen Ton anschlagen wird. Die

Organe der Faschisten haben ja auch schon angekündigt, daß Italien jetzt einen größeren Anteil an der Siegerbeute wünscht, wie denn auch die Unzufriedenheit des italienischen Volkes mit dem Kriegsausgang den günstigsten Wind in die Segel des Faschismus geblasen hat. Aus diesen neuen Kurs können Handel zwischen Italien und Frankreich entstehen. Da aber hätten wir in Deutschland ganz gewiß nichts zu gewinnen. Es wäre überhaupt töricht, aus einer gewissen Seelenverwandtschaft, die vielleicht zwischen den italienischen Faschisten und den deutschen Nationalisten besteht, auf eine Wendung der italienischen Politik zugunsten Deutschlands zu schließen. Es ist ein warnendes und nicht mißzuverstehendes Kennzeichen der Lage, daß die Faschisten das Organ des früheren italienischen Ministerpräsidenten Ritti, die Zeitung „Pace“ (Friede) sofort unterdrückt und die Druckerei, in der die Zeitung hergestellt wurde, besetzt haben. Unter den ersten Nachrichten befand sich sogar die Meldung, daß Ritti verhaftet worden sei. Diese Nachricht hatte sich zwar als falsch herausgestellt. Nicht zu bestreiten ist aber, daß die Faschisten es für ihre erste Aufgabe gehalten haben, die Richtung Ritti zum Schweigen zu bringen. Wenn man weiß, daß Ritti einer der furchtlosesten und offensten Vorläufer gegen den Versailler Friedensvertrag ist, wenn man weiß, daß er mit steigendem Nachdruck seine Stimme gegen diesen Vertrag erhoben und einen jähen literarischen Kampf gegen ihn geführt hat, so kann man keinen Augenblick darüber zweifelhaft sein, was die Aktion der Faschisten gegen Ritti zu bedeuten hat. Nicht nur wir werden das merken, sondern auch die Deutschen in Süditalien, die ja schon vor einigen Wochen einen Bergeschmack des faschistischen Terrors erhalten haben. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Sieg der Faschisten hier noch zu sehr ernstlichen Verwicklungen führt. Deutschland hat deshalb nicht den geringsten Grund, das neue italienische Kabinett irgendwelchen willkommen zu heißen, um so weniger, als dieses Kabinett eine Parole bedeutet, die dem ruhe- und friedeliebenden Europa neue Erschütterungen prophezeit.

Aus der Partei.

Siegen.

Am Sonntag, dem 5. d. Mts., vormittags war der Kreisvorstand des Wahlkreises Siegen-Wittgenstein zu einer Tagung versammelt, die sich wesentlich mit der Regelung der finanziellen Verhältnisse des Wahlkreisverbandes beschäftigte. Der Vorsitzende, Herr Fabrikant Klinge, trug einen Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses vor, der eine wesentliche Erhöhung der von den Ortsgruppen abzuführenden Beiträge vorsieht. In der Aussprache, an der sich ein großer Teil der erschienenen Vereinsvertreter beteiligte, wurde einhellig die Notwendigkeit höherer Beiträge anerkannt und der Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses zum Beschluß erhoben. Der Vorstand wird in den nächsten Tagen diesen Beschluß den Vereinen durch Rundschreiben zur Kenntnis bringen. Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf die Werbung für den „Beobachter“. Auch hier sagten die Vertreter dem Vorstand weitgehende Unterstützung zu. Ein Vortrag des Vorsitzenden über die politische Lage, in dessen Mittelpunkt die Mahnung zum Zusammenschluß aller national denkenden Kreise stand, bildete den Abschluß der Tagung.

Am Samstag, 28. Oktober, folgten 20 Mitglieder der Siegerer Jugendabteilung der D. V. B. einer Einladung, die von der Ortsgruppe Dorfsfeld zur Teilnahme an der Verbandstagung an uns ergangen war. Im Mittelpunkt des „Westfälischen Abends“ in Marten stand eine Festrede des Herrn Studienrats Wagner. Die Veranstaltungen des Sonntags wurden eingeleitet durch einen Festgottesdienst des Herrn Liz. Graebke, der in Wahrheit ein Jugendgottesdienst war. Herr Pfarrer Graebke zeigte in eindringlichen Worten der versammelten westfälischen Jugend, welches ihre Aufgaben im deutschen Vaterlande seien. Nach beendigem Gottesdienst wurde im Henneschen Saale die Hauptversammlung des Verbandes

eröffnet. Vorträge hielten Hrl. Strunt und Herr Dr. Mahler. Anschließend an diese Versammlung wurde das gemeinsame Mittagessen eingenommen.

Um 3 Uhr nachmittags vereinigten wir uns wieder mit unseren westfälischen Freunden zu einer nationalen Kundgebung, in der die Landtagsabgeordnete Hrl. von Kulesza von warmem Empfinden getragene Worte an die Versammelten richtete. Uns allen, die wir die Freude hatten, an den Veranstaltungen teilzunehmen, wird die Martener Tagung ein Ansporn sein, uns mit all unseren Kräften für das Deutschtum einzusetzen. Dank gebührt der Dorfkelder Jugendgruppe, die uns in liebenswürdiger Weise Wohnungen zur Verfügung stellte.

Monatsbericht der Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Siegen.

In der am 18. Oktober stattgefundenen Volksversammlung wurde der Arbeitsplan entworfen und beschlossen sich zunächst: ein Literatur-, Wander- und Musikzirkel, welche nunmehr in engere Führung treten werden.

Am Sonntag, 22. Oktober, hatten wir auswärtigen Besuch, und zwar war die Jugendgruppe aus Haiger, unserer Einladung Folge leistend, mit 15 Personen nach Siegen gekommen, um mit uns einen gemütlichen Nachmittag in unserem Versammlungslokal, Schneider, Freudenberger Straße, zu verleihen. Unsere lieben Gäste sowie unsere Mitglieder waren von dem Nachmittag, welcher durch Gedichtvorträge, Ansprachen, musikalische Unterhaltung sowie Spiel

und Tanz ausgefüllt war, voll befriedigt, und wird die hiesige Ortsgruppe an einem der nächsten Sonntage Haiger einen Besuch abstatten, um die Verbrüderung der naheliegenden beiden Ortsgruppen zu befestigen.

Jugendgruppe der D. V. P. Siegen.

Wir geben bekannt, daß wir bis auf weiteres unsere Zusammenkünfte durch einen Aushang an der an dem Tomfördeschen Hause (Buchhandlung Montanus) angebrachten Kellametafel bekanntgeben. Wir bitten unsere Mitglieder, sich dort zu unterrichten. Besondere Einladungen werden wegen der hohen Portokosten vorläufig nicht versandt.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich B. Nitsche. (Fernruf 1442). Gedruckt bei B. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59

Eisenbahn-Baugeschäft

Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Justus Stahlschmiede Werke
G. m. b. H.
Kreuztal, Kreis Siegen.
Lochanstalt.
Kesselschmiede, Apparatebau.
Bleischweißerei.

Eisen- und Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf
Kreis Siegen
Liefen:

Zahnräder

Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder, Schnecken kompl. und Verzahnen eingesandter Körper :: :: ::

Rheinmetall
Schreibmaschine
Sobiet lieferbar.
Prospekte zur Verfügung durch die Vertretung
Wm. Lomke, Siegen i. W.
Fernruf 2011. Büro-Bedarf. Löhrstraße 39

Gebr. Wolf, Siegen
Sondergeschäft für Bürobedarf.
Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vielfältiger und deren Zubehör.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern
Reparaturen alter Ambosso.

Matrizenstahl.

Geschmiedetes la. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

Koch & Panthöfer
Weidenau-Sieg
Fernruf Nr. 412. Unt. Friedrichstr. 8.
Eisenwaren - Werkzeuge
Bad- und Möbelbeschläge
:: Öfen u. Herde. ::



BINDELSBERG
BRÄU

Kenner verlangen

Krombacher Pilsener

helle und dunkle Biere wegen ihrer besonderen Güte.

Hasbrauerei A.-G.

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Wäschehaus Franz Scharliger Siegen

bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Herstellung von Feilen aller Art

Aufbauen
stumpfer Feilen
Lieferung von Metall-
sägen jeder Gattung.
Gegr. 1875.
Feilenfabrik und Schleiferei
Wilhelm Hahn
G. m. b. H., Ferndorf.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma Otto E. Meise, Hamburg, Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma J. J. Glorius, Magdeburg, Farben und Lacke.

WEIDENAU.

Paul Haubrich

WEIDENAU
Inhaber der Niederlage von Tongemanns
Kaffeegeeschäft
Kolonialwaren, Delikatessen
und Weinhandlung
Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Löwen-Drogerie

Fritz Müller

Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Öffentliche Dunkelkammer.
Weidenau, Unt. Friedrichstraße. Ruf 891.

HOTEL PATT

(Haltestelle der Strassenbahn)
Erstes u. ältestes Haus am Platze
Gute und billige Verpflegung.

Johann Reinhard

Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel
Weidenau, Wilhelmstr. Ruf 387

Schuhhaus

Paul Saßmannshausen

empfiehlt sich beim Einkauf
erstklassiger Schuhwaren
Weidenau, Wilhelmstraße (Haltest. Hotel Patt). Ruf 836.

Zigarren-Spezialgeschäft Heinrich Sänger

Allervorteilhafteste Bezugsquelle in
sämtlichen Tabakfabrikaten
für Wiederverkäufer zu Originalpreisen
Weidenau, Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

Präzisions-Zahnräder

aller Art.
Stirn-, Schnecken- und
Schraubenräder
nach dem Aowälzverfahren.
Robhaut-Räder. Zahnstangen
Verfahren von vorgedrehten
Radkörpern schnell u. billig.
Maschinenfabrik Ed. Sprenger
Weidenau.

Wilhelm Schweisfurth

Büts, Mützen, Regenschirme, Berrenwäschs,
Schlipse, Sosensträger.
Weidenau, Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

Josef Thelen, Weidenau

Spezialhaus für Innendekoration,
Lederwaren und Reiseartikel
Wilhelmstraße (Haltestelle Post),
Ruf 1180.

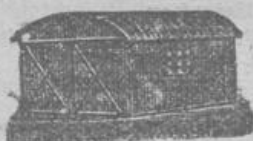
C. W. VOGEL

G. M. B. H.
ROHRELEITUNGEN EISEN- U. BLECHWAREN- BLECHARBEITEN
BEHÄLTNER FABRIK GENIETET
DRUCKKESSEL KESSELSCHMIEDE GESCHWEISST
KAMINE: SIEGEN I. W. ROH U. VERZINKT

NOH & BUCH

NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG
KESSEL-, DRUCKER- NIETEN GITTER-, BLECH-
SCHIFF-, VERSEH- NIETEN U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

Kurzfristig lieferbar, Wellblech-



Lagerliste
auf Wunsch.

Gebr. Achenbach

G. m. b. H.,
Weidenau-Sieg. — Postfach Nr. 247.

August Braun

Weidenau, Büromöbelfabrik
Untere Friedrichstraße. — Fernruf 638.

H. Capito & Co., Weidenau-Sieg

Fernruf 149 Lager U. Friedrichstr. 12.
Stab-, Band- und Formeisen aller Art.
Eisenbleche
Röhren- und Verbindungsstücke.
Sämtliche Kleisenwaren.

Möbelhaus Glender,

Tel. 1244 Weidenau-Sieg Tel. 1244.

Wohnungseinrichtungen

in einfachster bis vornehmster Ausführung.
Einzelmöbel — Büromöbel — Sarglager.

Albert Grimm

Uhren u. Goldwaren, Optik.
Eigene Reparaturwerkstätte
Weidenau, Wilhelmstraße.